

Redebeitrag zum Antikriegstag von Heinz Leipold auf der Kundgebung am 31.8.2024 in Hanau

Ich möchte in meinem Beitrag auf das grundgesetzwidrige „Bundeswehrgesetz“ in Bayern eingehen, was auf andere Bundesländer ausgeweitet werden soll. Es greift die in Artikel 5 GG festgeschriebene Wissenschaftsfreiheit eklatant an. Gegen diesen Abbau demokratischer Rechte, die Kriegspolitik der Bundesregierung, Hochrüstung und Waffenlieferungen gilt es zu kämpfen.

"Pax optima rerum - Frieden ist das höchste Gut.

Dieses Gründungsmotto wurde 1655 für die Christian-Albrechts-Universität in Kiel gewählt und stellt so etwas wie die erste Zivilklausel dar - lange, bevor das Wort überhaupt erfunden wurde.

1986 gab sich die Universität Bremen als erste von heute fast 80 Hochschulen eine Zivilklausel. Zu Beginn der 80er Jahre gab es während der Präsidentschaft von Ronald Reagan in den USA Planungen, den Weltraum zu militarisieren und ein umfangreiches Stationierungsprogramm von Interkontinentalraketen zu Land, zur See und in der Luft zu realisieren, das unter dem Namen SDI bekannt wurde. Mehrere internationale Abkommen zur Rüstungsbeschränkung wurden damit gebrochen.

Als Reaktion darauf formulierte die Universität Bremen eine Selbstverpflichtung: „Der Akademische Senat lehnt jede Beteiligung an Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Universität auf, Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können.“

Unter dem Eindruck des Golf-Krieges folgten die Universität Konstanz und die TU Dortmund im Jahr 1991 dem Bremer Beispiel und verpflichteten sich ebenfalls, Forschung und Lehre in den Dienst des Friedens zu stellen.

Die Frankfurter Goethe-Universität nahm 2012 den Satz „Lehre, Forschung und Studium an der Goethe-Universität dienen zivilen und friedlichen Zwecken“ in ihre Präambel auf.

Aktuell stehen die Zivilklauseln allerdings mehrfach unter Druck. Mit dem Bologna-Prozess zu Beginn der 2000er-Jahre wurden Hochschulen zu unternehmerischem Denken und Handeln gezwungen und in einen Konkurrenzkampf untereinander getrieben. Die Grundfinanzierung ist allerorten nicht auskömmlich. Der Kampf um Drittmittel, um die Aufnahme in Exzellenzcluster und darum, die Professoren mit dem größten Renommee zu verpflichten, bestimmt den Alltag. Gerade hat die hessische Landesregierung beschlossen, den Hochschulen 34 Millionen Euro zu streichen. Wenn in dieser Zeit ein Rüstungsunternehmen eine Gastprofessur spendieren will, wird kaum eine Hochschule dem widerstehen - auch die mit Zivilklausel vermutlich nicht.

Es kommt nur auf das richtige Narrativ an - darauf, eine Bedrohung herbeizufabulieren, Rüstungsforschung als Dienst für die nationale Sicherheit zu verbrämen und davor zu warnen, dass andere Länder einen Wettbewerbsvorteil hätten, wenn hierzulande auf die Entwicklung effizienterer Waffen verzichtet würde.

Manchmal laufen Verstöße gegen die Zivilklausel auch unter dem Radar und in Bereichen, wo es erst einmal nicht befürchtet wird. So an der Goethe-Uni, wo eine Veteranin der US Army im Sommersemester 2024 ein Seminar halten durfte. Im Fachbereich Soziologie, einer Wissenschaft, die sich mit dem Zusammenleben in der Gesellschaft und mit sozialem Handeln befasst, durfte sie die US-Armee als Ort verkaufen, an dem soziale Randgruppen hohes gesellschaftliches Ansehen erwerben könnten. Migranten, Frauen und queere Menschen bekommen nach dieser Lesart die Möglichkeit, endlich wertvolle Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Dass gerade diese Menschen genau deshalb versuchen, zur Armee zu gehen, weil sie anderweitig ausgegrenzt werden und dass sie dadurch zum Kanonenfutter gemacht und auf den Schlachtfeldern der Welt für Interessen, die nicht die Ihren sind, geopfert werden, dürfte der Realität näherkommen.

Die Studierenden wurden in diesem Seminar aufgefordert, neugierig aber nicht kritisch zu sein. Diskussionen waren nicht erwünscht - ein Skandal an einer Hochschule, die junge Menschen dazu befähigen will und soll, kritisch zu denken und urteilsfähig zu werden. Finanziert wurde das Seminar aus einem Topf, mit dem Professor:innen in ihrer Lehrtätigkeit entlastet werden, um die Qualität der eigenen Lehre zu verbessern. Als Studierende des SDS und der

Rosa Liste im Studierendenparlament Resolutionen einbrachten, die das Ziel hatten, das Seminar abzusetzen, reagierte die im Kriegsdienst gestählte Veteranin erstaunlich dünnhäutig - sie fühlte sich diskriminiert und bedroht, drohte mit Klage, weil ihr Name öffentlich genannt worden war und verschwand mit dem Seminar ins Digitale.

Den direkten Angriff auf die Selbstverpflichtung, für den Frieden zu forschen und zu lehren, hat Bayern Mitte Juli erfolgreich durchgezogen. Dort wurde das Bundeswehrgesetz verabschiedet, das Schulen und Hochschulen zur engen Zusammenarbeit mit dem Militär verpflichtet. Rund 70 Waffenschmieden gibt es in Bayern. Von der Maschinenpistole über Kampfdrohnen, Panzer und Artillerieraketen wird dort alles produziert, was hohe Profite verspricht und Zerstörung und Tod in alle Welt trägt. Kluge Köpfe sollen ihr Wissen und ihre Intelligenz dafür zur Verfügung stellen ohne Möglichkeit, dem zu widersprechen. Auch dem Angebot der Bundeswehr, das zu machen, was nach ihrer Eigenwerbung angeblich zählt, soll mit keiner kritischen Frage begegnet werden dürfen.

Dabei ist es doch genau das, was Universitäten und Wissenschaft auszeichnet: den offenen und kritischen Diskurs zu führen. Nur so werden die besten wissenschaftlichen Ergebnisse im Dienste der Erhaltung der Lebensgrundlagen und des friedlichen Zusammenlebens erzielt. Dafür werden die klugen Köpfe gebraucht: für die Entwicklung von Methoden zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung, für die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen gegen Cholera und Malaria, für die Entwicklung friedenssichernder Vertragswerke.

Aber auch die Freiheit der Diskussion und der Meinungsäußerung wird geschliffen. Dies war im Zusammenhang mit den palästina-solidarischen Camps zu beobachten. In Berlin sprachen sich hunderte von Dozent:innen in einem offenen Brief lediglich dagegen aus, dass die Universitätsleitung umgehend die Polizei rief. Die Lehrenden forderten, den Diskurs mit den Studierenden zu suchen, statt sie zu kriminalisieren. Eine inhaltliche Positionierung zum Gaza-Krieg wurde in dem offenen Brief nicht formuliert. Dieses kleine Bisschen an Zivilcourage reichte dem Bundesministerium für Bildung und Forschung schon, um Wege zu ersinnen, den Dozierenden Forschungsgelder zu streichen. Als dies öffentlich wurde, musste eine Staatssekretärin ihren Posten räumen - ein Bauernopfer, um Ministerin Stark-Watzinger zu entlasten.

Militarismus nach außen ist immer mit Unterdrückung nach innen verbunden, das formulierte schon Rosa Luxemburg. Wer heute gegen die Vorbereitung neuer Kriege und gegen die Beteiligung an aktuellen Waffengängen ist, muss in seinem direkten Umfeld gegen Einschränkungen des Protests kämpfen und beim Namen nennen, was ist. „Zeitenwende“ ist eine Nebelkerze, die den immer aggressiver werdenden Konkurrenzkampf kapitalistischer Regierungen um Rohstoffe, Absatzmärkte und die Hegemonie in geostrategisch bedeutsamen Regionen verschleiern. Das Engagement für Zivilklauseln ist wichtig. Pax rerum optima - Der Frieden ist das höchste Gut!

Mit den Worten von Wolfgang Borchert: „Du Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben; dann gibt es nur eins: sage NEIN!“